

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - StBV/004(VII)/19			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr  Lenkungsausschuss Buckau	Donnerstag,  07.11.2019	Mensa-Baudezernat An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	17:00Uhr	20:30Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 10.10.2019
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Lenkungsausschuss Buckau  
Amt 61 / BauBeCon
- 6 Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee  
Amt 66
  - 6.1 Aktueller Sachstand Kölner Platz  
DB AG
  - 6.2 Bericht über den Stand der Bauarbeiten EÜ ERA

10288/19

	Amt 66	
7	Denkmale und verwahrloste Immobilien Amt 61 / 63	
8	Beschlussvorlagen	
8.1	EW-Bau für den Neubau eines Veranstaltungssaales auf dem Gemeindehof in Pechau Eb KGm	DS0463/19
8.2	Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Wege der Abschnittsbildung - Verkehrsanlage "Hermann-Hesse-Straße von Kirschweg bis Neptunweg" FB 62	DS0468/19
8.3	Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Wege der Kostenspaltung - Verkehrsanlage "Schellheimerplatz von Körnerstraße bis Annastraße" FB 62	DS0473/19
8.4	Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Wege der Kostenspaltung - Verkehrsanlage "Gerhart-Hauptmann-Straße von Große Diesdorfer Straße bis Adelheidring" FB 62	DS0475/19
8.5	Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Wege der Kostenspaltung- Verkehrslage „Lorenzweg von Magdeburger Ringbrücke bis Lüneburger Straße“ FB 62	DS0486/19
9	Anträge	
9.1	Meilensteinkonzept zum Masterplan 100% Klimaschutz Fraktion GRÜNE / future!	A0157/19
9.1.1	Meilensteinkonzept zum Masterplan 100% Klimaschutz Fraktion GRÜNE / future!	A0157/19/1
9.1.1.1	Meilensteinkonzept zum Masterplan 100% Klimaschutz WTR	A0157/19/1/1
9.1.2	Meilensteinkonzept zum Masterplan 100% Klimaschutz Amt 31	S0361/19
9.2	Wiedereinführung 10-Minutentakt von und nach Rothensee Fraktion Gartenpartei / Tierschutzallianz	A0167/19
9.2.1	Wiedereinführung 10-Minutentakt von und nach Rothensee II / 01	S0420/19
9.3	Bau einer neuen Kita im Stadtteil Diesdorf bzw. Stadtteil Stadtfeld- West	A0204/19

## SPD-Stadtratsfraktion

9.3.1	Bau einer neuen Kita im Stadtteil Diesdorf bzw. Stadtteil Stadtfeld-West V / 02	S0416/19
9.4	Benennung eines Straßennamens Fraktion GRÜNE / future!	A0183/19
9.4.1	Benennung eines Straßennamens FB 62	S0427/19
9.5	Installation Verkehrsspiegel Jutta-Balk-Str / Porsestraße Fraktion AfD	A0197/19
9.5.1	Installation Verkehrsspiegel Jutta-Balk-Str / Porsestraße Amt 66	S0394/19
9.6	Barrierefreie Straßenbahngleisquerung in Höhe des Olvenstedter Scheides SPD-Stadtratsfraktion - Stadtrat Hausmann, Stadtrat Wiebe	A0147/19
9.6.1	Barrierefreie Straßenbahngleisquerung in Höhe des Olvenstedter Scheides Amt 61	S0331/19
9.7	Verbot sichtbehindernder Werbeträger Fraktion Gartenpartei / Tierschutzallianz	A0202/19
9.7.1	Verbot sichtbehindernder Werbeträger Amt 61	S0389/19
10	Informationen	
10.1	Ernst-Reuter-Allee Amt 61	I0232/19
10.2	Fehlende Piktogramme für mobilitätseingeschränkte Menschen an der Straßenbahnhaltestelle Liebknechtstraße Amt 61	I0266/19
11	Mitteilungen und Anfragen	

Anwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Dr. Falko Grube  
René Hempel  
Madeleine Linke

Christian Mertens  
Burkhard Moll  
Frank Schuster  
Reinhard Stern

**Vertreter**

Jürgen Canehl  
Roland Zander

**Geschäftsführung**

Corina Nürnberg

**Abwesend - entschuldigt**

Marcel Guderjahn  
Mirko Stage

---

**1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

---

**Stadtrat Dr. Grube** als stellvertretender Vorsitzender leitet die Sitzung. Er begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und eröffnet die Ausschusssitzung.

---

**2. Bestätigung der Tagesordnung**

---

Abstimmung: 7-0-2

---

**3. Genehmigung der Niederschrift vom 10.10.2019**

---

Die Niederschrift lag noch nicht vor.

---

**4. Einwohnerfragestunde**

---

---

**5. Lenkungsausschuss Buckau**

---

---

**6. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee**

---

**Herr Fuß** (Projektleiter EÜ ERA) geht zuerst auf die Radwegfreigabe und die damit verbundene Beschilderung ein. Er verweist auf eine Optimierung der Beschilderungen sowie zusätzliche Plakatierung (Rücksichtsbanner).

Anschließend berichtet er über den aktuellen Baufortschritt im Bereich der Tunnelbaustelle, anhand einer Power-Point-Präsentation.

Die geplante Freigabe für die Straßenbahndurchfahrt sei für Mitte 2020 geplant.

**Stadtrat Stern** begrüßt die Freigabe für Fußgänger und Radfahrer, macht aber auf die Problematik Treppenabgänge/Einsehbarkeit aufmerksam. Um eine Kollision mit den Benutzern der Treppe zu verhindern, müsse in diesem Bereich nachgebessert werden (Markierung).

**Stadtrat Canehl** sieht den gemeinsamen Geh- und Radweg problematisch und hält diesen für zu schmal.

Durch die Verbretterung der Baustelle auch im Bereich der Aufgänge werde die Sicht auf die Auskunftstafeln und auf evtl. querende Passanten der Bahn versperrt. Er bittet um eine andere Ausgestaltung im Bereich der Ecken, eventuell mit Stabgitterzäunen.

Die Weggestaltung/Markierung mit Hilfe der gelb-schwarzen Fußbodenfolie begrüßt er.

Die Radwegführung im Bereich des ZOB kritisiert er und führt dazu aus.

**Herr Fuß** verweist auf die Abnahme des Weges mit einer Breite von 2,50 Meter.

Der Hinweis auf Entschärfung der Ecken werde mitgenommen.

Den Radweg nicht über das ZOB-Gelände zu führen sei ausdrücklich so verkehrsbehördlich angeordnet und sinnvoll. Die Radfahrer sollen gezwungen werden, oberhalb zu fahren und nicht auf den Busspuren im Bereich des ZOB.

**Stadtrat Stern** hinterfragt einen aktuellen Bauzeitenplan.

Der Stand sei der gleiche wie in der Information des Oberbürgermeisters dargestellt, teilt **Herr Fuß** mit.

**Stadtrat Canehl** geht auf den Lageplan im Bereich City Carré ein und hinterfragt die Radwegführung/-breite. Er hält diese an einigen Stellen für zu schmal.

Bei den angesprochenen Plänen ging es um die prinzipielle Darstellung des Querschnitts, so **Herr Fuß**. Die Planung sei bereits überarbeitet und werde Inhalt einer Beschlussvorlage.

Abschließend erkundigt sich **Stadtrat Canehl** nach der farblichen Ausführung des Radweges. Bei der Farbe Ocker habe er seine Bedenken und lehne dieses kritisch ab. Er verweist darauf, dass in der Stadt die Fahrradwege einheitlich rot markiert/ausgeführt werden sollten, dieses sehe auch der ADFC so.

Des Weiteren hinterfragt er einen Termin zur Oberflächenbemusterung.

**Herr Dr. Scheidemann** verweist auf mehrmalige Vorstellung der Materialien und Planungen in Umsetzung der Beschlussfassungen zum Masterplan im StBV.

**Stadtrat Stern** hält ebenfalls an einer Musterfläche fest.

Der stellvertretende Vorsitzende **Stadtrat Dr. Grube** lässt über den Wunsch einer Bemusterungsfläche abstimmen.

Abstimmung: 3-6-0 nicht empfohlen

## 6.1. Aktueller Sachstand Kölner Platz

---

**Frau Meyer** (Deutsche Bahn AG) erläutert anhand einer Präsentation die aktuellen Umbaupläne der Deutschen Bahn zum Kölner Platz. Sie führt u.a. zu der Freiflächenplanung sowie der Lichtgestaltung aus.

Der Kölner Platz soll ein Ort zum Verweilen werden, Sitzbänke werden aufgestellt, die ungenutzten Räume sollen einer Nutzung zugeführt werden. Ein Café soll im Erdgeschoss des Gebäudes einziehen, ein Betreiber fehle noch.

**Herr Dr. Scheidemann** (BG VI) geht auf einige Diskussionspunkte der Planungen aus Sicht der Verwaltung ein.

- Großzügige Ausstrahlung des Platzes;
- Bepflasterung der Feuerwehzufahrt;
- Einhausung Fahrradabstellanlage;

**Frau Meyer** verweist auf eine geänderte Pflasterung der Feuerwehzufahrt nach der Abstimmung mit der Feuerwehr.

**Stadträtin Linke** hinterfragt die Anzahl der geplanten Lastenfahradabstellplätze sowie Ladestationen für E-Bikes und erkundigt sich nach den Planungen für das Fahrradparkhaus.

**Frau Meyer** informiert über die Planung von ca. 150 Fahrradabstellplätzen. Geplant seien Doppelstockplätze, davon ca. 75 Stellplätze im abgeschlossenen Bereich. Für Lastenfahrräder seien momentan 5 Abstellplätze geplant.

**Stadtrat Dr. Grube** hatte den Wunsch nach einem Fahrradparkhaus auch im Landtagsausschuss vorgetragen. Er bittet die Verwaltung, einen aktuellen Sachstand (Gespräche/NASA) dazu abzugeben. Die Planungen zu abschließbaren Fahrradabstellplätzen begrüßt er.

Des Weiteren bittet er um Erläuterung zu der in der Planung dargestellten Grünflächengestaltung (Hochbeet mit Sitzmöglichkeit). Was wurde und warum verworfen, fragt er.

Abschließend geht er auf die Einhausung der Fahrradabstellanlage ein und fragt, warum eine Metallverkleidung besser sei als eine Holzverkleidung.

Die Fassadengestaltung des Hauptgebäudes sieht er kritisch und fragt nach Verbesserungsmöglichkeiten („einladende“ Gestaltung).

**Frau Meyer** verweist auf verschiedenste Varianten der Platzgestaltung die mit der Stadt diskutiert worden seien. Diese sei jetzt die Vorzugsvariante der Stadtverwaltung.

**Stadtrat Dr. Grube** bittet um Vorstellung der Varianten.

Auf das Hauptgebäude eingehend verweist **Herr Dr. Scheidemann** auf die Authentizität des Gebäudes, die aus Sicht der Verwaltung erhalten bleiben müsse.

Des Weiteren geht er auf die Einhausung der Fahrradabstellanlage ein. Der Baustoff Holz, der sich auch im Laufe der Zeit verändere, sei nicht prägend für den Kölner Platz. Der Platz werde durch Stein und Metall geprägt, so **Herr Dr. Scheidemann**.

Eine Hochbeetgestaltung würde zu einer verkleinernden Wirkung des Platzes führen.

Es werde eine großzügige Wahrnehmung des Platzes angestrebt mit Erhalt von Sitzmöglichkeiten.

**Stadtrat Dr. Grube** sieht dieses anders und kann eine „Weite“ des Kölner Platzes nicht nachvollziehen. Er geht auf die Diskussionen hinsichtlich Hochbeete zum Willy Brand Platz ein. Das Hauptgebäude gehöre aus seiner Sicht abgerissen und neu gebaut. Bei einem Erhalt spricht er sich für eine Überarbeitung/Verkleidung mit ansprechenderer Fassade aus.

**Stadtrat Canehl** bemängelt, dass in dem Wettbewerb zur Freiraumgestaltung des Kölner Platzes vor Jahren ursprünglich viel mehr Bäume als jetzt geplant waren.

Die jetzige Vorstellung sei ein enttäuschendes Ergebnis.

Für Lastenfahräder müssen zusätzliche Stellplätze geschaffen werden. Die

Verkleinerungswirkung durch eine Hochbeetgestaltung kann er nicht nachvollziehen.

Hingegen begrüßt er die klare klassische Fassade des Hauptgebäudes in Anlehnung an die 1950er Jahre.

Abschließend geht er auf die schlechte Lesbarkeit der Präsentation ein und bittet die Präsentation der Niederschrift beizufügen.

**Frau Meyer** verweist auf die Phase der Vorplanung momentan. Der Schwerpunkt liege im Augenblick auf den Arbeiten im Untergrund (Leistungsplanung, -bestand, -verlegung...).

Die Platzgestaltung sei noch in einer sehr frühen Planungsphase, stellt sie abschließend klar.

**Stadtrat Stern** vergleicht die Situationen hinsichtlich Bahnhofsanbindung/

Straßenbahnerreichbarkeit mit Städten wie Potsdam und Hannover und sieht den Magdeburger Bahnhof weit hinten in einer möglichen Rangliste.

Im Knoten Magdeburg investiere die Deutsche Bahn sehr viel, aber hinsichtlich Ertüchtigung des Bahnhofsgebäudes fragt er sich, ob dieses ausreichend sei. Wie steht es um die

Erreichbarkeit der Bahnsteige. Alle Fahrstühle werden im Innenbereich des Gebäudes integriert.

Aus seiner Sicht wäre es optimaler gewesen, 1-2 Fahrstühle von außen nutzbar zu lassen, um dadurch mehr Umsteigekomfort zu erreichen.

Durch eine Platzgestaltung mit Rondell und Sitzmöglichkeiten wäre die Urbanität des Platzes gehoben.

Die Planung zu den Leuchten sei aus seiner Sicht nicht gelungen.

„Kunst am Bau“ fehle vollständig.

Er spricht sich für eine attraktivere Gestaltung aus (Wasser, Brunnen, Weggestaltung...) und für mehr als 8 Bäume auf dem Platz.

Abschließend spricht er sich dafür aus, alle Varianten vorgestellt zu bekommen.

**Frau Meyer** verweist auf hochwertige Planungen, die angedacht und teilweise schon umgesetzt werden. U.a. geht sie auf die Gestaltung mit Glasfassaden im Shopbereich/Reisezentrum ein, führt zu der Leerstandssituation aus und erläutert die Planungen hinsichtlich Umzüge im Bahnhofsgebäude.

Warum werden die Fahrstühle im Außenbereich entfernt, fragt **Stadtrat Stern** nach.

**Frau Meyer** verweist auf die Planungen, von vor 20 Jahren.

Planfestgestellt sei, die Aufzüge in den Personentunnel zu integrieren.

**Stadtrat Dr. Grube** geht auf die Umzugspläne im Ladenbereich ein und fragt nach Möglichkeiten, das gewünschte Fahrradparkhaus in den frei werden Räumen zu integrieren.

Im Bereich der Straßenbahnhaltestelle/Bahnhof sei von der Stadt die Planung zu Wasserspielen oder ähnlichem angeregt worden, teilt **Herr Dr. Scheidemann** mit. Bei der Thematik „Kunst am Bau“ verweist er auf die Eigentumsverhältnisse/Flächennutzung durch die Bahn.

**Stadtrat Schuster** verweist auf den reichhaltigen Fundus von Kleinplastiksammlungen, die es in der Stadt gebe. Er spricht sich für eine Kontaktaufnahme mit dem Kulturdezernat aus, um in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn die Möglichkeit einer Eingliederung auf dem Kölner Platz zu prüfen.

Zum Thema Einhausung der Fahrradabstellanlagen sehe er weder eine Holzfassade noch eine Metallfassade vorteilhaft. Er verweist auf die Glasfassadengestaltung im Bereich Reisezentrum und schlägt eine Glasfassade auch für die Fahrradabstellanlage vor.

Abschließend geht er auf die Planungen der Deutschen Bahn ein, die historischen Wappen im Bahnhof wieder anzubringen. Er hält den angedachten Platz für ungeeignet und spricht sich für eine Lösung im Bereich des Empfangsgebäudes am Willy-Brandt-Platz aus.

**Frau Meyer** nimmt die Anregungen mit.

Sie verweist auf die alle 4 Wochen stattfindenden Planungsberatungen, an der u.a. Vertreter von Stadt und NASA teilnehmen und besucht werden können.

Sie würde gern die Belange der Stadt mehr berücksichtigen, teilt sie abschließend mit.

**Stadtrat Dr. Grube** spricht sich dafür aus, im März 2020 wieder einen aktuellen Stand zu den Planungen vorgestellt zu bekommen.

**Stadträtin Linke** geht auf die Fördermittelnutzung der NASA für zusätzliche Fahrradabstellplätze ein.

**Herr Dr. Scheidemann** verweist auf den Fokus der Planungen des Fahrradparkhauses im Bereich McDonalds.

**Stadtrat Hempel** bittet um Erläuterung des anzubringenden Hoheitszeichens.

**Stadtrat Schuster** führt dazu aus.

Des Weiteren hinterfragt **Stadtrat Hempel** die Definition von Großzügigkeit des Raums, welche Funktion soll aus Sicht der Stadt der Platz erfüllen. Erlebbar heißt Aufenthaltsqualität, Gemütlichkeit für die wartenden Fahrgäste.

**Herr Dr. Scheidemann** verweist auf die lange Entwurfsgeschichte zum Umbau des Kölner Platzes.

Die Intention ging zur Beispielbarkeit des Platzes, was die Deutsche Bahn ablehnte. Ein Platz ohne Geschäfte müsse dann als reiner Platz mit Großstadtflair wahrnehmbar gestaltet werden, ohne Kleinteiligkeit.

**Stadtrat Mertens** habe bei Fassadengestaltung der Fahrradabstellanlage keinen Favoriten, aber Glasgestaltung hält er für kritisch (zerkratzen, bekleben, beschmieren...).

**Stadtrat Canehl** geht auf den Bahnhof als das „Eingangstor“ für die Stadt ein und verweist auf den Wettbewerb. Er vermisst ein ordentliches Konzept sowie Freiraumgestalterische Qualitäten und hinterfragt das Planungsbüro.

Bei einer Metalleinhausung der Fahrradabstellplätze müsse die Ausführung so erfolgen, dass widerrechtliches abstellen/anschießen von Fahrrädern an der Verkleidung verhindert werde. Die Metallstababstände könnten verringert werden und dies gewährleisten.

**Frau Meyer** verweist auf das Planungsbüro S+P aus Dresden.

**Stadtrat Stern** bittet um Vorstellung der Planungen vor einer Ausschreibung.

Genehmigungsbehörde sei das Eisenbahnbundesamt, stellt **Stadtrat Dr. Grube** fest. Eine Vorstellung von Varianten sei wichtig.



Die Aussagen hinsichtlich Erlebbarkeit des Platzes oder nicht kann er nicht nachvollziehen. Eine Abstimmung mit dem Kulturbereich müsse erfolgen.

**Herr Dr. Scheidemann** greift den Hinweis von **Stadtrat Schuster** gerne auf hinsichtlich Einbeziehung Kulturdezernat.

Abschließend bittet **Stadtrat Dr. Grube** um ein Votum zu der Ausführungsplanung der Sitzmöglichkeiten/Hochbeet.

Das Votum lautet **einstimmig für die Ausführung der Sitzmöglichkeit/Hochbeet** wie in der Präsentation vorgestellt.

## 6.2. Bericht über den Stand der Bauarbeiten EÜ ERA Vorlage: I0288/19

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

## 7. Denkmale und verwahrloste Immobilien

---

**Stadtrat Stern** mahnt eine Antwort zum ehemaligen Gärtnerhaus im Herrenkrugpark an.

Die Beantwortung erfolgte in der Niederschrift vom 12.09.2019, die am 24.10.2019 bestätigt wurde.

Die Niederschrift wird **Stadtrat Stern** noch einmal zur Kenntnis zugesandt.

## 8. Beschlussvorlagen

---

### 8.1. EW-Bau für den Neubau eines Veranstaltungssaales auf dem Gemeindehof in Pechau Vorlage: DS0463/19

---

Ein Vertreter des einbringenden EB KGm ist nicht anwesend.

**Stadträtin Linke** hat einen allgemeinen Hinweis an die Verwaltung. Sie bittet darum, Abkürzungen in den Beschlussvorlagen zu vermeiden bzw. zu erläutern.

**Stadtrat Canehl** fragt, wer den zukünftigen Veranstaltungssaal betreiben werde.

**Stadtrat Stern** spricht sich dafür aus, Vertreter des Gemeinderates mit einzuladen.

Die Beschlussvorlage soll vertagt werden.

**Herr Scharff** als Vertreter des EB KGm erscheint verspätet zur Sitzung und entschuldigt sich für die Verspätung.

Der stellvertretende Vorsitzende **Stadtrat Dr. Grube** stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Beschlussvorlage heute doch zu behandeln.

Abstimmung GO-Antrag: 6-2-1

**Herr Scharff** erläutert die Beschlussvorlage.

**Stadtrat Dr. Grube** bittet darum, zukünftig formal immer den Ortschaftsrat mit zu beteiligen.  
(Teilnahme Vertreter des Ortschaftsrates / Beratungsfolge)

**Stadtrat Stern** verweist auf einen bestehenden Veranstaltungskomplex in der Ortslage Randau. Er erkundigt sich nach der Einwohnerzahl von Pechau und fragt wofür dieser Gebäudekomplex benötigt werde.

Der Bedarf kam vom Ortschaftsrat, es soll u.a. für Tanz-, Kino-, Theaterveranstaltungen genutzt werden, teilt **Herr Scharff** mit.

**Stadtrat Canehl** wiederholt seine Frage hinsichtlich Betreiber.

**Herr Scharff** verweist auf die Zuständigkeit des BOB und den EB KGm als Dienstleister in diesem Fall.

Abstimmung: 9-0-0

8.2. Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Wege der  
Abschnittsbildung - Verkehrsanlage "Hermann-Hesse-Straße  
von Kirschweg bis Neptunweg"  
Vorlage: DS0468/19

---

**Herr Neumann** (FBL 62) erläutert die TOP 8.2- - TOP 8.5 zusammenhängend. Er verweist darauf, dass die Stadt gegenwärtig keinen Ermessensspielraum hinsichtlich der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen habe.

Die Kommunen seien zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verpflichtet.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt mit **4-2-3** den Beschluss mit  
Beschlussnummer: **StBV031-04(VII)/19**.

### **Beschlussvorschlag:**

Für den Ausbau des Abschnitts „Neptunweg bis Apollostraße“ in der Verkehrsanlage „Hermann-Hesse-Straße von Kirschweg bis Neptunweg“ werden Straßenausbaubeiträge im Wege der Abschnittsbildung erhoben.

8.3. Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Wege der  
Kostenspaltung - Verkehrsanlage "Schellheimerplatz von  
Körnerstraße bis Annastraße"  
Vorlage: DS0473/19

---

**Stadträtin Linke** fragt:

- warum keine Bürgerinformation durchgeführt werde;
- warum am Schellheimerplatz nur der Fußweg hergerichtet werde;
- warum keine Teilasphaltierung der Straße mit geplant sei.

**Herr Gebhardt** (AL 66) verweist darauf, dass die vorhandene Fahrbahn eine ausreichende Verkehrssicherheit aufweist.

Abschließend verweist er darauf, dass zum Beispiel Teilasphaltierungen, Dünnschichtsanierungen etc. beitragsfrei seien.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt mit **4-2-3** den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV032-04(VII)/19**.

#### **Beschlussvorschlag:**

Für den Ausbau der Teileinrichtung/en Gehweg (Nordseite) und Beleuchtung in der Verkehrsanlage „Schellheimerplatz von Körnerstraße bis Annastraße“ werden Straßenausbaubeiträge im Wege der Kostenspaltung erhoben.

- 8.4. Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Wege der Kostenspaltung - Verkehrsanlage "Gerhart-Hauptmann-Straße von Große Diesdorfer Straße bis Adelheidring"  
Vorlage: DS0475/19
- 

**Stadtrat Canehl** fragt, ob Baumpflanzungen mit enthalten und somit mit Beitragsgegenstand seien.

Bäume seien keine selbständige Teileinrichtung. Die zukünftigen Maßnahmen sind nicht Gegenstand der Beitragserhebung, erläutert **Frau Petz** (FB 62).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt mit **4-2-3** den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV033-04(VII)/19**.

#### **Beschlussvorschlag:**

Für den Ausbau der Teileinrichtung Gehwege in der Verkehrsanlage „Gerhart-Hauptmann-Straße von Große Diesdorfer Straße bis Adelheidring “ werden Straßenausbaubeiträge im Wege der Kostenspaltung erhoben.

- 8.5. Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Wege der Kostenspaltung- Verkehrslage „Lorenzweg von Magdeburger Ringbrücke bis Lüneburger Straße“  
Vorlage: DS0486/19
- 

**Stadtrat Schuster** fragt, ob die Rampe zum Magdeburger Ring nicht schon Gegenstand der Erhebung Münchenhofstraße gewesen sei.

Das verneint daraufhin **Herr Neumann**.

Die für den Bau der Rampe entstandenen Kosten sind nicht beitragsfähig (Anlageabgrenzung), ergänzt **Frau Petz**.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt mit **4-2-3** den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV034-04(VII)/19**.

## Beschlussvorschlag

Für den Ausbau der Teileinrichtung Gehweg in der Verkehrsanlage „Lorenzweg von Magdeburger Ringbrücke bis Lüneburger Straße“ werden Straßenausbaubeiträge im Wege der Kostenspaltung erhoben.

### 9. Anträge

---

#### 9.1. Meilensteinkonzept zum Masterplan 100% Klimaschutz Vorlage: A0157/19

---

**Frau Hinze** (Amt 31) bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Die Kosten jeder einzelnen Maßnahme gegenüberzustellen, sei die Verwaltung nicht in der Lage, gibt sie zu bedenken.

**Stadträtin Linke** geht auf den Änderungsantrag der Fraktion ein, wodurch für alle eine sichtbargemachte und nachvollziehbare Darstellung der Umsetzung erfolgen könne.

**Stadtrat Dr. Grube** begrüßt die Würdigung der Stellungnahme im Änderungsantrag. Dem Änderungsantrag aus dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und regionale Zusammenarbeit (WTR) könne er zustimmen.

Der Antrag sei überholt und müsse abgelehnt werden, so **Stadtrat Stern**. Er verweist auf das Klimaziel der Stadt, bis 2035 klimaneutral zu sein.

**Stadtrat Dr. Grube** verweist auf einen lebendigen Prozess hier. Noch ein Konzept werde alles nur noch mehr verkomplizieren.

Für **Stadtrat Hempel** schließe das eine das andere nicht aus, aber ein Anfang müsse endlich gemacht werden.

**Stadtrat Stern** findet, der Antrag müsse qualifiziert und angepasst (2050 durch 2035 ersetzen) werden.

**Stadträtin Linke** geht auf den gut verfassten Masterplan ein, der zunächst eine Maßnahmenammlung sei. Dieser müsse fortgeschrieben werden. Mit Hilfe des Meilensteinkonzeptes werde eine leichte Überprüfbarkeit der Maßnahmen des Masterplanes ermöglicht.

Abstimmung zum Antrag A0157/19:            2-5-2   nicht empfohlen

#### 9.1.1. Meilensteinkonzept zum Masterplan 100% Klimaschutz Vorlage: A0157/19/1

---

Abstimmung zum Änderungsantrag A0157/19/1: 4-5-0 nicht empfohlen

9.1.1.1. Meilensteinkonzept zum Masterplan 100% Klimaschutz  
Vorlage: A0157/19/1/1

---

Abstimmung zum Änderungsantrag A0157/19/1/1: 4-4-1 nicht empfohlen

9.1.2. Meilensteinkonzept zum Masterplan 100% Klimaschutz  
Vorlage: S0361/19

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9.2. Wiedereinführung 10-Minutentakt von und nach Rothensee  
Vorlage: A0167/19

---

**Stadtrat Zander** kritisiert die Nichtanwesenheit von Vertretern des Dez II sowie der MVB. Er geht auf die Bürgerinformationsveranstaltung und die Aussagen von Frau Münster-Rendel ein. Er stellt klar, er habe als Stadtrat nie die Abschaffung des 10-Minuten-Takt beschlossen. Eine Wiedereinführung muss künftig möglich sein.

**Stadtrat Dr. Grube** verweist auf den beschlossenen Nahverkehrsplan 2018. Die Nichtteilnahme der MVB bemängelt er und spricht sich für eine Zurückstellung des Antrages aus.

Abstimmung GO-Antrag auf vertagen: 7-1-1

Vertreter der MVB sowie dem Dez II seien zur nächsten Sitzung mit einzuladen.

vertagt

9.2.1. Wiedereinführung 10-Minutentakt von und nach Rothensee  
Vorlage: S0420/19

---

vertagt

9.3. Bau einer neuen Kita im Stadtteil Diesdorf bzw. Stadtteil  
Stadtfeld- West  
Vorlage: A0204/19

---

**Herr Dr. Gottschalk** (V/02) bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Er geht u.a. auf die Verschiebung des Bedarfs durch Zu- und Wegzug, die Prognose sowie den flächenmäßig großen Stadtteil Diesdorf ein.

**Stadtrat Dr. Grube** überrascht die Stellungnahme. Die genauen Aussagen und Prognosen überraschen zur Kinderzahl ihn. Er geht auf die im Jahr 2003 prognostizierte Einwohnerzahl für

das Jahr 2025 (192.000 Einwohner) ein. Im Jahr 2016 habe es bereits 242.000 Einwohner in Magdeburg gegeben, was hieße, das Landesamt habe sich um 50.000 verrechnet. Wie verlässlich kann die Prognose sein. Können wir uns sicher sein, dass im Jahr 2022 genug Betreuungsplätze vorhanden sind. Er hält an der Standortsuche fest und spricht sich für die Berücksichtigung in der Planung aus. Die Stellungnahme habe ihn nicht überzeugt.

Für **Stadtrat Canehl** waren die Prognosezahlen schon immer fehlerhaft. Aus seiner Sicht fehlen Kita-Plätze. Er fragt die Bedarfsermittlung nach und vermisst Flexibilität in der Wahl der Kita-Einrichtung. Abschließend erkundigt er sich nach dem Stand der geplanten Kita-Einrichtung der Stadtmission am Europaring. Er fragt, wurden die Planungen aufgegeben. Ja, teilt **Herr Dr. Gottschalk** mit, es werde keine neue Einrichtung am Europaring geben.

**Herr Dr. Gottschalk** geht auf den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ein, der sich auf das Gesamtstadtgebiet beziehe. Er führt aus, dass ca. 15% keinen Kita-Platz am Wohnort wählen. Die Orientierung erfolge eher in Richtung Stadt (zentrumnah/ an den Stadtachsen) als aus der Stadt heraus. Eltern suchen den Kita-Platz u.a. nach einem pädagogischen Konzept aus. Ebenso spiele die Lage des Arbeitsplatzes oder die Familiensituation (Einbeziehung Großeltern etc.) eine Rolle bei der Wahl der Kita. Eine Evaluierung und Einbringung einer Beschlussvorlage mit Infrastrukturplanung werde 2023 erfolgen. Eine Informationsvorlage hinsichtlich neuer Träger werde erarbeitet. Die Flächensuche und Sicherung erfolge.

**Stadtrat Stern** geht auf die genannten Zahlen in der Stellungnahme ein und fragt, was noch von den freien Trägern hinzukommen werde an Plätzen.

**Herr Dr. Gottschalk** verweist auf abschließenden Klärungsbedarf mit den freien Trägern. Gespräche mit 2 freien Trägern laufen mit einer Gesamtkapazität von ca. 450 Plätzen.

**Stadträtin Linke** vermisst eine Analyse von Stadtfeld West. Im Bereich nördlich der Schrote gebe es keinen Standort. Sie spricht sich für den Antrag aus.

**Stadtrat Hempel** verweist auf den im Jugendhilfeausschuss immer geäußerten Anspruch zur gesamtstädtischen Betrachtung. Mit Kita-Bereichen könnten wohnortnah Kita-Plätze zur Verfügung gestellt werden. Eine wohnortnahe Kita- und Schulortsuche sollte Zielstellung sein. Er führt aus, dass momentan Kita-Kinder einer Einrichtung nicht automatisch zusammen in die gleiche Grundschule eingeschult werden. Dem Antrag werde er zustimmen.

**Stadtrat Zander** kann der Stellungnahme der Verwaltung folgen, Einrichtungen sollten ausgelastet sein. Er spricht sich gegen den Antrag aus. Ergänzend weist er auf die Situation hin, dass Investoren keine Zulassung für den Kita-Bau erhalten (z.B. Florapark, Stadtpark) haben.

**Stadtrat Moll** stimmt den Ausführungen von **Stadtrat Hempel** zu. Mit Kita-Bereichen bestehe dann die Möglichkeit, kleine Gruppen von Kindergartenkindern zusammen in eine Grundschule einschulen zu lassen. Er führt als Beispiel den Kümmelsberg an.

- 9.3.1. Bau einer neuen Kita im Stadtteil Diesdorf bzw. Stadtteil  
Stadtfeld- West  
Vorlage: S0416/19
- 

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 9.4. Benennung eines Straßennamens  
Vorlage: A0183/19
- 

**Herr Neumann** berichtet, dass im Bereich Neu Olvenstedt eventuell eine Straßenbenennung nach dem verstorbenen Schauspieler erfolgen könne.  
Die Einverständniserklärung der Mutter von Herrn Giering liege zwischenzeitlich vor.

Abstimmung zum Antrag A0183/19: 6-0-3

- 9.4.1. Benennung eines Straßennamens  
Vorlage: S0427/19
- 

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 9.5. Installation Verkehrsspiegel Jutta-Balk-Str / Porsestraße  
Vorlage: A0197/19
- 

**Stadtrat Mertens** kann den Kern der Argumentation nicht nachvollziehen. Die Ausfahrt für die Betroffenen gestalte sich immer schwieriger/komplizierter.  
Mit Installation eines Verkehrsspiegels können mit einer kleinen Maßnahme die Sichtverhältnisse der Verkehrsteilnehmer erheblich verbessert werden.

**Herr Gebhardt** weist auf die Prüfung im Rahmen einer bereits durchgeführten Verkehrsschau hin. Er geht auf die verkehrsberuhigte Privatstraße ein und verweist auf die damit verbundene Forderung nach Schrittgeschwindigkeit in diesem Bereich.  
Ein Umfallschwerpunkt bestehe in diesem Bereich ebenfalls nicht.

**Stadtrat Hempel** sieht den Antrag durch Prüfung der Verwaltung für erledigt an.

Abstimmung zum Antrag A0197/19: 1-4-4 nicht empfohlen

- 9.5.1. Installation Verkehrsspiegel Jutta-Balk-Str / Porsestraße  
Vorlage: S0394/19
- 

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9.6.           Barrierefreie Straßenbahngleisquerung in Höhe des  
                  Olvenstedter Scheides  
                  Vorlage: A0147/19

---

Der Antrag wurde mit der Bitte zurückgestellt, Aussagen hinsichtlich Umbaukosten sowie Auswirkungen bei Geschwindigkeitsreduzierung nachzureichen.

**Herr Schröter** (Amt 61) teilt dazu folgendes mit. Die Fahrzeit würde sich je Richtung um etwas mehr als eine Minute verlängern. Zudem würde (ähnlich wie im Bereich vom Klinikum kommend in Richtung Olvenstedt) die Geräuschentwicklung ansteigen. Eine Überhöhung der bogenäußeren Schiene berechnet sich aus der avisierten Geschwindigkeit (Fliehkraft). Reduziert sich das Tempo der fahrenden Straßenbahn, verlagert sich die Straßenbahn nach innen und somit wird das sogenannte „Kurvenkreischen“ verursacht. Hochgerechnet bei 511 Fahrten am Tag führt dies unter Umständen dazu, dass ein Zug mehr eingesetzt werden muss, um die betrieblich notwendigen Wendezeiten zu garantieren, was derzeit zu einer Angebotseinschränkung auf einer anderen Linie führen könne.

Eine Reduzierung der Geschwindigkeit müsste mit einem Neubau einhergehen.  
Ein Neubau fordere Folgebaumaßnahmen.  
Eine Kostenschätzung könne an dieser Stelle nicht verlässlich vorgenommen werden.

Den ÖPNV zu entschleunigen werde mit erheblichen Kosten verbunden sein, stellt **Stadtrat Hempel** fest. Bei 1 min Fahrzeitverlängerung bezogen auf 1 h würden 2 Bahnen mehr eingesetzt werden müssen.

**Stadtrat Dr. Grube** verweist auf die hohen Kosten beim barrierefreien Haltestellenausbau. Daher könne das nicht das Hauptargument sein.  
Gibt es einen Puffer im Bereich der Wendeschleife, fragt er nach.  
Laut Aussagen der MVB nicht, teilt **Herr Schröter** mit.

**Stadtrat Dr. Grube** bleibt da skeptisch und erklärt, dass mittelfristig eine Lösung für eine barrierefreie Querung der Straßenbahnschienen in diesem Bereich muss gefunden werden müsse.

Abstimmung zum Antrag A0177/19:           4-2-3

9.6.1.           Barrierefreie Straßenbahngleisquerung in Höhe des  
                  Olvenstedter Scheides  
                  Vorlage: S0331/19

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9.7.            Verbot sichtbehindernder Werbeträger  
                  Vorlage: A0202/19

---

**Stadtrat Zander** weist darauf hin, dass in anderen Städten bereits untersucht werde, Werbeträger auf Verkehrsinseln rückzubauen bzw. nicht zuzulassen.

**Herr Schröter** bringt die Stellungnahme ein. Er schildert die Situation vor Ort und verweist auf die Neuausschreibung des Werbevertrages, die momentan laufe. Hier werde im Rahmen der Vereinbarung dieses mit geprüft.



**Stadtrat Schuster** geht auf den Bereich Hopfengarten ein, der ebenfalls nicht ungefährlich sei. Als Linksabbieger habe man teilweise eine schlechte Sichtbeziehung und kann den Verkehr nicht richtig einsehen. Die Standorte der Werbeträger seien teilweise ungünstig.

**Stadtrat Dr. Grube** spricht sich für einen Änderungsantrag aus.

Änderungsantrag:

Der Stadtrat beschließt:

~~das Verbot die Standorte~~ **sichtbehindernder Werbeträger an Straßenbahnhaltestellen auf Verkehrsinseln insbesondere vor Schulen, Kindertagesstätten und an Orten mit hoher Umsteigefrequenz in der Landeshauptstadt Magdeburg, wie z.B. dem Hasselbachplatz, zu prüfen.**

~~Alle sichtbehindernden Werbetafeln an o.g. Orten zu sind unverzüglich und dauerhaft zu entfernen.~~

Abstimmung: 8-0-1

**Stadträtin Linke** macht deutlich, dass man nicht davon ausgehen könne, dass sich alle Verkehrsteilnehmer immer korrekt verhalten. Unser Ziel müsse sein, dass niemand zu Schaden komme.

Werbereinnahmen sollten hier nicht vorrangig betrachtet werden und ausschlaggebend sein.

Abstimmung zum Antrag A0202/19: 9-0-0 empfohlen mit Änderungsantrag

9.7.1. Verbot sichtbehindernder Werbeträger  
Vorlage: S0389/19

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

10. Informationen

---

10.1. Ernst-Reuter-Allee  
Vorlage: I0232/19

---

**Stadtrat Canehl** äußert sich schockiert über die Information. Mit so einer schmalspurigen Antwort gebe er sich nicht zufrieden. Das sei kein Prüfergebnis, stellt er fest. Er verweist auf die Arbeitsgruppe „Pro Magdeburg“ und die Ergebnisse dazu. Eine doppelreihige Allee war das Ziel aus der Zusammenarbeit mit den Innenstadthändlern. Er ärgere sich über den Wettbewerb der SWM und die Aussagen, dass nun keine Möglichkeit der Umsetzung (Bäume) gesehen werde.

**Stadtrat Dr. Grube** sieht das Thema ebenfalls nicht als erledigt an. Eine Verkehrszählung erst nach Beendigung der Baumaßnahmen durchzuführen, verstehe er nur bedingt.

**Stadtrat Stern** geht auf die Überlegungen für ein Tangentialsystem im Bereich Theodor-Kozlowski-Straße ein.

Der Verkehr in der Stadt könne nur an 2 Stellen über den Fluss geführt werden.

Die Verkehrszählung bleibe spannend auch in Bezug auf eine mögliche 3. Elbquerung.

Die Spurreduzierung werde zu einer Verkehrsverlagerung führen.

Die Innenstadthändler haben eine eigene Meinung dazu.

**Stadträtin Linke** fragt nach den möglichen Verkehrsverlagerungen, welche Straßen werden betroffen sein.

Des Weiteren bittet sie um Erläuterung zur Methodik der Verkehrszählung

„Kennzeichenerfassung“ aus dem Jahre 2014.

Die Thematik Innenstadtverkehr sei für sie auch noch nicht beendet.

**Stadtrat Hempel** kann den Vorschlag, eine Verkehrserhebung erst nach Beendigung der Baumaßnahmen durchzuführen, nachvollziehen.

**Stadtrat Schuster** stimmt der Ansicht von **Stadtrat Hempel** zu, erst einmal die veränderten Verkehrsbewegungen nach Abschluss der Großbaumaßnahmen abzuwarten und dann die Verkehrsmengen zu überprüfen.

Er weist auf einen Konfliktpunkt im Bereich Jakobstraße in Richtung Brücke hin. Die Wegnahme der Doppelspur werde möglicherweise zu einer Rückstausituation führen.

Des Weiteren geht er auf den im Rahmen des sozialistischen Aufbauprogramms angelegten

„Aufstellbereich“ Ernst-Reuter-Allee ein. Er fragt, was aus dieser Fläche werden soll.

Der Schwerpunkt sollte auf dem Bereich Breiter Weg liegen.

Für **Herrn Dr. Scheidemann** sei das Thema auch noch nicht beendet. Er verweist auf die Information (I0173/15) und geht auf diese ein.

**Herr Schröter** erläutert kurz die Methodik der durchgeführten Kennzeichenerfassung aus dem Jahr 2014.

**Stadtrat Dr. Grube** weist daraufhin, wenn bereits auf eine Information verwiesen werde, diese dann auch als Anlage beizufügen.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10.2. Fehlende Piktogramme für mobilitätseingeschränkte Menschen  
an der Straßenbahnhaltestelle Liebnechtstraße  
Vorlage: I0266/19

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

## 11. Mitteilungen und Anfragen

---

**Stadtrat Schuster** geht auf den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Dr.-Eisenbart-Ring ein. Er berichtet von der GWA Sitzung und erläutert die Anregungen.

- Zum Thema Schichtenwasser gab es die Anregung, eventuell auf eine Unterkellerung zu verzichten.
- 2-geschossige Bebauung auf 1 ½ geschossige Bebauung im Bereich der angrenzenden Bebauung reduzieren.
- Baulinienverschiebung: weg vom Maikäferweg in Richtung Osten.

- Abarbeitungsstand Verkehrskonzept Süd Südost:  
Öffnung Carnotstraße, um nach rechts abbiegen zu können, Richtung Norden.

**Stadtrat Canehl** hinterfragt den Stand der Verkehrsplanung im Bereich Schanzenweg. Des Weiteren geht er auf die Pflasterarbeiten im Bereich Otto-von-Guericke-Straße /Einmündung Julius-Bremer-Straße ein. Hier kritisiert er die einheitliche farbliche Pflasterung des Weges, sowohl des Fußweges als auch des Fahrradweges. Weiterhin erkundigt er sich nach dem Stand der Baumpflanzungen und Aufstellung von Bänken im Bereich Walbecker Platz. Abschließend geht er auf den Lückenschluss zwischen Kirschweg Nordseite/Lilienweg ein und verweist auf den Grunderwerb, der getätigt werden müsste.

**Herr Dr. Scheidemann** teilt dazu folgendes mit:

- Verkehrsuntersuchung Schanzenweg: in Bearbeitung;
- Walbecker Platz: in Bearbeitung;

**Herr Gebhardt** ergänzt hinsichtlich des Lückenschlusses im Bereich Kirschweg, dass dort auf der Nordseite ein Geh-/Radweg geplant wird und dafür kein Grundstück von der Fa. Quednow erforderlich ist. Die Fa. Quednow hat zur Zeit den Zaun auf städtischem Grundstück. Die farbliche Ausgestaltung der Pflasterarbeiten im Bereich der Otto-von-Guericke-Straße wird im Rahmen des Protokolls ergänzt.

Stellungnahme Amt 66:

*Der Ausbau des Geh-/Radweges orientierte sich grundlegend an die bereits ausgebauten Seitenanlagen im gesamten innerstädtischen Bereich. Sowohl die Otto-von-Guericke-Straße als auch weitere Straßenabschnitte wie der Breiter Weg und die Julius-Bremer-Straße sind vom gleichen Ausbauschema gekennzeichnet. Zwischen dem Geh- und Radweg ist ein gepflasterter Streifen hergestellt, im Radwegbereich außerdem die Platten gedreht verlegt worden. Die Erkennbarkeit des Radweges ist dadurch uneingeschränkt.*

**Herr Dr. Scheidemann** geht abschließend auf die Drucksache DS0618/19 - Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 252-3 "Berliner Chaussee 1-7/Biederitzer Weg"- ein.

Er verweist auf die unterschiedliche Darstellung der Höhenentwicklung und auf die 3 Änderungsanträge mit ihren jeweils unterschiedlichen Schlussfolgerungen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Falko Grube  
Stellvertretende Vorsitzende

Corina Nürnberg  
Schriftführerin